

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschussdienst

N i e d e r s c h r i f t

Enquetekommission „Norddeutsche Kooperation“

17. WP - 15. Sitzung

am Montag, dem 9. Mai 2011, 13 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Markus Matthießen (CDU)	Vorsitzender
Dr. Michael von Abercron (CDU)	
Petra Nicolaisen (CDU)	
Katja Rathje-Hoffmann (CDU)	
Bernd Jorkisch	
Dr. Gitta Trauernicht (SPD)	
Martin Habersaat (SPD)	
Anita Klahn (FDP)	i.V. von Ingrid Brand-Hückstädt (FDP)
Carsten-Peter Brodersen (FDP)	i.V. von Gerrit Koch (FDP)
Ines Strehlau (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	

Weitere Abgeordnete**Fehlende Abgeordnete**

Anette Langner (SPD)
Heinz-Werner Jezewski (DIE LINKE)
Anke Spoorendonk (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Anhörung zum Themenfeld „Vertretung Norddeutschlands beim Bund und auf EU-Ebene“	4
2. Diskussion der Ergebnisse	31
3. Verschiedenes	31

Der Vorsitzende, Abg. Matthießen, eröffnet die Sitzung um 14:20 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit der Enquetekommission fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Anhörungen zum Themenfeld „Vertretung Norddeutschlands beim Bund und auf EU-Ebene“

a) Erster Block

Es erhält Frau Dr. Papaschinopoulou von der IHK Nord, Arbeitsgemeinschaft der norddeutschen Industrie- und Handelskammern, Vertretung bei der Europäischen Union, Leiterin der Brüsseler Vertretung, das Wort. Einleitend weist sie darauf hin, dass das Thema norddeutsche Kooperation schon lange präsent sei. Das Thema sei sehr alt, aber die Ansprüche seien gegenüber früheren Zeiten gestiegen. Sie meine zum einen die wirtschaftliche Makroregion im Ostseeraum und zum anderen die EU-Ebene. Man dürfe das Thema norddeutsche Kooperation nicht nur in Richtung Bund betrachten, sondern müssen dieses auch verstärkt im Rahmen der Makroregionen und der Komplexität auf der EU-Ebene tun. Seit 2004 sei das Büro der IHK Nord in Brüssel aufgestockt worden, so dass diese Erfahrungen im Bereich norddeutscher Kooperation habe. Seit 1959 gebe es bereits ein gemeinsames Büro, welches ursprünglich eine gemeinsame Vertretung für die Handelskammern Bremen und Hamburg gewesen sei. Die Handelskammern hätten sich mit dieser Kräftebündelung und Strukturänderung den strategischen Herausforderungen durch die anstehende EU-Osterweiterung gestellt. Seit 2004 sei man in Brüssel mit 13 Industrie- und Handelskammern vor Ort in Brüssel vertreten. Die IHKs würden circa 600.000 Unternehmen repräsentieren. Zum einen sei es die Aufgabe sicherzustellen, kontinuierlich, systematisch und proaktiv den Standort Norddeutschland gegenüber den EU-Institutionen zu vertreten. Zum anderen sei es die Aufgabe für die Wirtschaft ein sogenannter One-Stop-Shop zu sein. Seit 1959 gebe es den Binnenmarkt, welcher auf dem Papier funktioniere, in der Praxis jedoch nicht. Die Unternehmen hätten alltägliche akute Probleme, die gelöst werden müssten. Dieses seien Probleme wie Anti-Dumping-Maßnahmen, Handelshemmnisse, Subventionen, Handelspräferenzen. Dieses seien für die Politik kleine Bereiche. Für die Unternehmen seien diese Fragen sehr wichtig und die Probleme müssten innerhalb eines vernünftigen Zeitraumes gelöst werden. Mit diesen Problemen würden sie sich an die Industrie- und Handelskammern wenden. So seien auch die Beratungs-

leistungen der Industrie- und Handelskammer in den ersten drei Stunden für die Unternehmen kostenlos. Die IHKS hätten in den letzten sieben Jahren viele Erfahrungen sammeln können.

Sie wolle nun auf den möglichen Mehrwert einer weitergehenden norddeutschen Kooperation aus ihrer Sicht sowie Herausforderungen und Probleme sowie ein paar Beispiele eingehen. Brüssel sei ein sehr weites Feld. Bei der Frage wo es Potenzial und wo es Herausforderungen gebe, weist Frau Dr. Papaschinopoulou darauf hin, dass Kooperationen auf insgesamt drei Ebenen wichtig seien. Das sei zum einen die Regulierungsebene. Es seien 84 % der Gesetzgebung in Brüssel betreffe die Wirtschaft akut und direkt. Die Regulierung sei nicht nur ein Problem. Bei einem geschickten Umgang könne man auch Risiken minimieren und sogar neue Märkte erschließen. Ein Beispiel sei Offshore. EU-Kommissar Günther Oettinger sei gerade dabei, eine Art Regulierung für Sicherheitsstandards bei Offshore zu schaffen. Nach der Sommerpause in diesem Jahr werde es den ersten Entwurf hierzu geben. Es gebe bereits jetzt Unternehmen, die proaktiv die Kommission beraten würden und mit Abgeordneten sprechen würden. Diese würden eine positive Stellung haben, wenn die Regulierung in Kraft gesetzt würde. Regulierung sei also das größte Geschäftssegment der Vertretung der Industrie- und Handelskammern. Dieses sei auch für Norddeutschland wichtig.

Ein weiterer Bereich sei die Geldverteilung über Brüssel mit den Förderfonds. Hier müsse man den tatsächlichen Anforderungen begegnen, welche die Unternehmen an die IHK stellten. Ein Unternehmer sei ein realistisch denkender Mensch. Wenn er die Möglichkeit habe, in den Genuss einer Förderung zu kommen, dann möchte er wissen, wie dieses am einfachsten gehe. In diesem Bereich berate die IHK auch. Es gebe viele Beratungsstellen im Bereich der EU-Förderung. Die EU-Förderung sei wichtig. Nach 2014 werde eine neue Ära der EU-Förderung beginnen. Norddeutschland solle dann am besten mit dem Makroraum Ostsee gemeinsam in eine Richtung gehen.

Eine dritte Ebene, die nicht so direkt akut sei, seien die übergeordneten politischen Entscheidungen in Brüssel. Wenn man beispielsweise über den Euroraum rede, seien dieses wichtige Entscheidungen. Die Frage sei, ob bei diesen Fragen Norddeutschland oder die Makroregion Ostsee ein Wort in dieser Diskussion haben könne. Zusammenfassend seien Regulierung, Geld sowie übergeordnete politische Entscheidungen das „Geschäft“ in Brüssel.

Frau Dr. Papaschinopoulou sehe daher eine zwingende Notwendigkeit zur Kooperation innerhalb des norddeutschen Raumes. Der eine Grund hierfür sei, dass Norddeutschland sich einem verschärften innereuropäischen Standortwettbewerb stellen müsse. Vor dem Hintergrund des vertieften Binnenmarktes und der EU-Osterweiterung sei es zwingend notwendig, Stärken und Interessen in Norddeutschland und der Makroregion Ostsee besser zu bündeln und zu

vernetzen. Die vorhandenen Strukturen und Ressourcen müssten daher am besten gebündelt werden. Es gebe hier viel Potential in der Region, welches noch nicht genutzt worden sei. Es sei zu berücksichtigen, dass es bereits jetzt eine Mittelmeerstrategie, eine Atlantikstrategie, eine Strategie über den ionisch und adriatischen Raum gebe. Der Wettbewerb schlafe nicht. In Norddeutschland müsse man sich überlegen, wie man diesen Entwicklungen begegne. In den Mittelmeerländern gebe es gerade im Zeitpunkt der jetzigen Krise Anstrengungen, Gelder in die Regionen zu holen. Norddeutschland könne nicht nach dem Motto „Abwarten und Tee-trinken“ vorgehen. Norddeutschland müsse sich diesem Wettbewerb stellen.

Frau Dr. Papaschinopoulou betont, dass seit 2009 der Lissabon-Vertrag in Kraft sei, welcher eine Revolution in Brüssel bei der Arbeitsweise und nicht nur auf der institutionellen Ebene sei. Dieses sei zum Beispiel verbunden mit einem Kompetenzzuwachs beim Europäischen Parlament. Wichtig seien in diesem gesamten Kontext auch die nationalen Parlamente, welche im Rahmen der Subsidiarität mehr Einfluss nehmen könnten. Als Hüter der Subsidiarität gehörten auch die Landesparlamente, vor allem im Rahmen der Länderaufgaben wie Kultur, Gefahrenabwehr, Verwaltung dazu. Im Rahmen des Lissaboner Vertrages seien Mehrheiten notwendig. Man bekomme Mehrheiten nicht allein dadurch, dass sich die großen EU-Mitgliedsstaaten zusammentäten. Repräsentativität sei im Rat und im Parlament notwendig. Eine Repräsentativität lasse sich aber nur über Netzwerke und Kooperationen erfüllen. Man könne die besten Ideen und Visionen oder starke Abneigung gegen Regulierung haben. Ohne Netzwerke und Kooperationen bringe dieses gar nichts. Aus ihrer Erfahrung würde eine stärkere norddeutsche Kooperation auf EU-Ebene sehr stark inhaltlich priorisieren und wäre entsprechend effizienter. Es würde nicht alles abgedeckt, sondern die Bereiche, wo es einen gemeinsamen Nenner gebe. Es entstünde auch größere Effizienz durch bessere Bündelung. Bei den Länderbüros in Brüssel könnte viel mehr aus einer Hand geschehen. Möglich sei dieses beim Einfluss auf die Regulierung, beim Einfluss auf die Geldverteilung und beim Einfluss auf politische Entscheidungen. Über Netzwerke komme man aus ihrer Sicht zu mehr Effektivität. Effektiv heiße aus ihrer Sicht über Mehrheiten zum Ziel zu kommen. Dieses geschehe im Wege des Kompromisses. In Brüssel seien immer Kompromisse erforderlich, weil man sonst nicht weiterkomme. Gerade dann spielten Netzwerke eine Rolle. Im Gespräch mit Bundstagsabgeordneten, bei der Wirtschafts- und Verkehrsministerkonferenz der Küstenländer (KüWiVerMinKo) oder in Gesprächen mit Vertretern der Wirtschaft höre sie kontinuierlich Unmut darüber, was die Niederländer, die Südländer in der EU besser machten. Alle wiesen darauf hin, dass man in Deutschland mehr kooperieren müsse. Ohne eine Kooperation könne Norddeutschland auf Dauer nicht bestehen. Die Südländer in der EU seien chaotischer als die nordeuropäischen Länder mit ihren Prozessen und Strukturen und nicht langfristig in der Organisation. Das Wort Chaos komme aus dem Griechischen. In den Südländern gebe es die Auffassung, dass diejenigen, die das Wort Chaos geschaffen hätten, dieses auch meistern

könnten. Sie meisterten dieses über Netzwerke und den persönlichen Faktor. Dieser greife in Norddeutschland und dem Ostseeraum noch zu kurz. Bei den Amerikanern beispielsweise sei aus ihrer Erfahrung der persönliche Faktor äußerst wichtig. In Europa werde vieles institutionalisiert. Am Ende des Tages seien es aber Menschen, welche die Entscheidungen trafen. Es gebe viele Herausforderungen auf dem Weg zu einer norddeutschen Kooperation. Dieses erfahre sie jeden Tag bei ihrer Arbeit. Wichtig sei in diesem Zusammenhang auch eine Art Governance-Modell. Es müsse gefragt werden, wie die Zusammenarbeit laufen und institutionalisiert werden solle. Es sei schwierig und man brauche hierfür Zeit. Man brauche Köpfe, welche klar und visionär denken würden. Diese müssten über eine Governance die wachsende Komplexität beherrschen. Auf der anderen Seite sei es auch notwendig frühzeitig in Brüssel zu agieren, bevor die entsprechenden Rechtsakte ergingen. Sie weist darauf hin, dass die Fristen in Brüssel für die Umsetzung europäischer Rechtsakte relativ lang seien. Es bringe nichts wenn man am Ende eines langen Prozesses zu einer Entscheidung komme und die Fristen schon vorbei seien. Bei einer weitergehenden Kooperation in Norddeutschland und im Ostseeraum sei daher auch wichtig, die Prozesse schlanker zu gestalten. Dieses bedeute natürlich auch eine Lösung von Interessenkonflikten. Als Beispiel nennt sie die Liberalisierung der Dienstleistungen in Häfen. So hätten beispielsweise Hamburg und Bremen in diesem Bereich unterschiedliche Positionen gehabt. Dieses sei auf Dauer kontraproduktiv. Es sei dann gelungen, eine gemeinsame Lösung zu finden, wo beide Länder von ihrer starren Position abrücken mussten. Dieses sei aber der einzige Weg.

Ein wichtiger Aspekt sei darüber hinaus ein verzahntes Vorgehen. Die Ebenen Bundesland, Bund, EU-Ebene seien alle wichtig. Man müsse auf jeder dieser Stufen Einfluss nehmen. So habe es zum Beispiel seitens der amerikanischen Politik bereits die Forderung gegeben nach einem hundertprozentigen Scanning von Containern, die einen US-amerikanischen Hafen anlaufen. Über ein verzahntes Vorgehen sei es hier möglich geworden, ein derartig aufwendiges und nicht zu bewerkstellendes Erfordernis zurückzudrängen. Über das verzahnte Vorgehen gab es eine Position in der norddeutschen Wirtschaft, dann mit den Verbündeten im Ostseeraum, dann flächendeckend in Europa. Diese wurde dem US-Kongress gegenüber vertreten. Wichtig sei in diesem Kontext, dass diese europäische Position, gegenüber den Amerikanern vertreten werde. Den Kongressabgeordneten müsse vermittelt werden, dass ein derartiges Gesetz auch ein Problem für die amerikanische Wirtschaft sei. Eine Interessenvertretung in diesem Kontext sei nicht mit kleinteiliger Aufstellung zu gewährleisten.

Abschließend weist Frau Dr. Papaschinopoulou darauf hin, dass eine Makroregion keine Verwaltungsgrenzen kenne. Diese sei eine themenabhängige Kooperation und daher entsprechend zu gestalten. Innerhalb dieser Makroregion müsse man zu gemeinsamen Positionen kommen. Die Themen rechtfertigten dann ein strategisches Konzept. Dieses sei die Definition

einer Makroregion. Sie nennt die Themen Meerespolitik und EU-Ostsee- und Nordseestrategie, EU-Arktispolitik, maritime Raumordnung, Umweltpolitik, Reduzierung der Treibhausgas- und Schwefelemissionen, Verkehr- und Infrastruktur, Revision der transeuropäischen Verkehrsnetze, Umsetzung der Elemente des Weißbuchs Verkehr, Verkehr zwischen den europäischen Häfen, Sicherheit in der Lieferkette und Außenhandel. Innerhalb dieser Makroregion könne man zu gemeinsamen Strategien kommen. Bei all diesen wichtigen Themenfeldern, welche über Berlin und Brüssel vertreten werden müssten und darüber hinaus in der Welt, sei es zwingend notwendig in Norddeutschland weiter zu kooperieren.

Die Vertretung der IHK in Brüssel und die Mitglieder der Enquetekommission müssten erklären und verknüpfen wie Norddeutschland im Rahmen der Makroregion und Richtung Brüssel, in Bezug auf Strukturen, auf Ressourcen, auf Menschen und auf Netzwerke fortschreiten könne.

In einer Verbesserung der Kooperationen sieht Frau Dr. Papaschinopoulou auch die Aufgabe der Enquetekommission. Man könne im Vorfeld viel reden, es müsse dann aber auch tatsächlich verkündet werden. Dieses sei die Verantwortung der Mitglieder der Enquetekommission. Diese leiste Pionierarbeit und es müsse geschaut werden, wie ein Zeithorizont hinzubekommen sei und die notwendigen Ressourcen, um dieses umzusetzen. Am Ende des Tages sei das Ergebnis, welches die Politik finde, der Maßstab für die Zukunft.

Der Vorsitzende, Abg. Matthießen, stellt eine Frage zu der Kooperation mit dem Hanse-Office.

Frau Dr. Papaschinopoulou antwortet auf diese Frage, dass sie bereits seit 11 Jahren in Brüssel sei und in den ersten Jahren sei selbst die Kooperation unter den norddeutschen Ländern in Brüssel nicht optimal gewesen. Zehn Jahr später sei man hier weiter gekommen. Es gebe beispielsweise jeweils eine Leiterrunde unter Einbeziehung der Wirtschaft der norddeutschen Vertretungen in Brüssel, welche sich alle zwei Monate treffe. Hier gebe es einen intensiven Austausch. Die IHK Nord habe zusammen mit den Ländervertretungen einen amerikanischen Abend in Brüssel veranstaltet, der auf große Resonanz gestoßen sei. Gerade weil hier Politik, Verwaltung und Wirtschaft zusammengearbeitet hätten, sei es möglich gewesen, dass 17 von 19 infrage kommenden Abgeordneten da gewesen seien, was als Erfolg zu verbuchen sei. Die Konkurrenz aufgrund vieler paralleler Veranstaltungen sei in Brüssel sehr groß. Hier habe man sehen könne, dass es sich lohne, zusammenzuarbeiten. Dieses Jahr finde im Juni eine Veranstaltung mit dem Hanseoffice zur Ostseestrategie statt. Speziell hierzu gebe es eine Studie des Hamburgischen Weltwirtschaftsarchivs (HWWI). Des Weiteren gebe es tagtäglich einen faktischen Austausch auf der Ebene der Referenten in den Vertretungen. Wichtige Fel-

der seien hier maritime Wirtschaft im weitesten Sinne, Verkehr und Infrastruktur, Umwelt et cetera. In diesem Zusammenhang sei der persönliche Faktor sehr wichtig. Man kenne sich und arbeite gut zusammen, insbesondere mit Herrn Dr. Müller und Herrn Thorsten Augustin. Die Zusammenarbeit in Brüssel könne aber trotzdem nicht das überschreiten, was zu Hause da sei. Sofern die Zusammenarbeit der Bundesländer zu Hause nicht ausgedehnt sei, könnten die Defizite nicht ausgeglichen werden.

Auf eine Frage der Abg. Dr. Trauernicht antwortet Frau Dr. Papaschinopoulou, dass ohne Zusammenarbeit nichts vorankomme und dieses keine abstrakte Angelegenheit sei. Abstrakt sei es nur für diejenigen, die weit weg vom Tagesgeschäft seien. Sie sei nicht der Auffassung, dass die Entscheidungsverantwortlichen nichts verstanden hätten. Die Frage sei, ob die Entscheidungsverantwortlichen die Notwendigkeiten im veränderten Kontext schon richtig gespürt hätten. Aus ihrer Sicht sei dieses noch neu. Die Makroregion auf der einen Seite und der Lissabon-Vertrag seien relativ neue Entwicklungen. Es sei notwendig, weiter an diesem Punkt zu sensibilisieren und zu erklären, warum weitere Kooperationen notwendig seien. Sie habe Vertrauen, dass die Politik erkenne, dass es nicht anders gehe.

b) Zweiter Block

Es erhält Herr Finck von der IHK Nord das Wort. Frau Dr. Papaschinopoulou und er wären häufig zusammen in Brüssel und Berlin. Die enge Zusammenarbeit der Metropolregion Hamburg mit Brüssel zeige sich auch daran, dass er und Frau Dr. Papaschinopoulou heute gemeinsam an der Sitzung der Kommission teilnehmen würden. Zu Beginn kündigt Herr Finck an, dass er seinen Vortrag in vier Teile gliedern wolle. Er wolle zunächst sein Mandat erläutern und zweitens den europapolitischen Rahmen sehr verdichtet vorstellen, um danach die Planungen des Auswärtigen Amtes zur Ostseeratspräsidentschaft zu zeigen. In diesem Zusammenhang werde es immer eine Verknüpfung zu den norddeutschen Ländern, insbesondere zu Schleswig-Holstein, geben. Abschließend wolle er einige Handlungsempfehlungen geben.

Die Industrie- und Handelskammern hätten nach § 1 Abs. 1 IHKG die Aufgabe die Politik im Rahmen ihrer regionalen Zuständigkeiten durch Stellungnahmen und Gutachten zu beraten. Die Metropolregion Hamburg und die Ostseehäfen lebten im norddeutschen Raum gemeinsam. Die Handelskammer Hamburg habe seit 1917 als einzige IHK eine Vertretung in Berlin, weil man bei übergeordneten Prozessen im persönlichen Gespräch mit Mitgliedern der Bundesregierung und Bundestagsabgeordneten eine Menge erreichen könne. Es gebe für den Ostseebereich von der Handelskammer Hamburg einen Beschluss, der die Schaffung eines Ostseebeauftragten fordere. Die IHK Nord habe sich ebenfalls mit der norddeutschen Kooperation im Ostseeraum schon auf Geschäftsführungsebene beschäftigt. Überall dort, wo die demo-

kratische Legitimation durch die von ihm vertretene Organisation fehle, wolle er als ehemaliger Abgeordneter der Hamburgischen Bürgerschaft Stellung nehmen und in diesem Wege seine private politische Wahrnehmung schildern.

Die EU der 27 habe mit 8 Mitgliedsstaaten und Russland einen verdichteten Raum im Ostseebereich, in dem man politisch agieren könne. Dazu kämen energiepolitische Fragen, die Deutschland mit Russland besonders eng verbinden würden. Es gelte auch an Norwegen und den EU-Beitrittskandidat Island bei allen politischen Aktivitäten im Ostseeraum mitzudenken. Wenn man versuche es auf die verschiedenen Projekte der Ostseestruktur in Brüssel zu übertragen, müsse man sich diese erst einmal bewusst machen. Diese sei wie ein Gordischer Knoten. In der EU-Ostseestrategie gebe es einen Aktionsplan, der von vier Pfeilern getragen werde. Dieser umfasse wiederum 15 Schwerpunktbereiche. In jedem Schwerpunktbereich solle immer noch ein Mitgliedstaat tätig sein und alle anderen sollten mitarbeiten. Dieses habe dazu geführt, dass mittlerweile das Auswärtige Amt einräume, so viele Kooperationsanfragen zu haben, dass nicht einmal die Bundesrepublik Deutschland in der Lage sei, bei allen Maßnahmen der EU-Ostseestrategie mitzuwirken. Wenn man dieses auf die 5 norddeutschen Länder oder ein norddeutsches Bundesland übertrage, werde deutlich, wie groß die Anforderungen in diesem komplexen System seien, wenn man überall mitarbeiten wolle. Im Rahmen der deutschen Ostseeratspräsidentschaft sei ein Sonderbeauftragter für die Ostseekooperation eingerichtet werden. Dieser werde Sonderbotschafter, wenn der Bundespräsident ihn dazu ernannt habe. Für diesen Posten sei Herr Gerhard Almer als Abteilungsleiter im Referat E 06 im Botschafterrang vorgesehen, der zwei Referenten und eine Sekretärin bekomme. Mit diesen personellen Ressourcen müsse man die Ostseeratspräsidentschaft und das, was man inhaltlich gestalten wolle, managen. Die deutsche EU-Ostseeratspräsidentschaft habe sich inhaltlich zum Ziel gesetzt, Doppel- und Mehrfachstrukturen abzuschaffen. Bei der Zusammenarbeit von Organisationen könne vielfach die Auffassung entstehen, dass die jeweils andere Organisation überflüssig sei oder in der eigenen Struktur aufgehen sollte. Aus seiner Sicht sei es daher gut, dass das Auswärtige Amt versucht habe, die norddeutschen Länder zu gewinnen, sich personell an den Herausforderungen zu beteiligen. Hier könne man fragen, wie groß die Beteiligung sein solle. Es sei in Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg und Schleswig-Holstein angefragt worden. Hamburg sei bereit gewesen, wie angefordert, einen Mitarbeiter zu entsenden. Mecklenburg-Vorpommern habe abgelehnt. Eine Antwort aus Schleswig-Holstein stehe noch aus. Diesbezüglich sei zu klären, wer das Gehalt bezahle et cetera. Das Team im Auswärtigen Amt, welches sich mit dem von ihm geschilderten komplexen System befassen müsse, sei klein. Nach seinem Eindruck sei die Bereitschaft der norddeutschen Länder, hier zu unterstützen, nicht besonders ausgeprägt. Diese Kooperation bedeute Konkurrenzausschluss. Er stelle sich die Frage, ob es nicht vernünftiger sei, sich die Ostsee als Makroregion klar zu machen und zu überlegen, wie man hier auftreten wolle. Im Rahmen der Vorbereitung zu die-

ser Sitzung habe er mit dem ehemaligen Ständigen Vertreter der Bundesrepublik Deutschland Herrn Botschafter Dietrich von Kyaw gesprochen. Er habe berichtet, dass er häufig zu Ostseethemen für die Bundesrepublik Deutschland bei der Kommission lobbyieren sollte. Er sei beispielsweise bei einem Verkehrsthema gefragt worden, ob es neben den fünf norddeutschen Bundesländern noch eine sechste deutsche Position geben würde. Ähnlich sei aus seiner Sicht die Ausgangslage auch bei der Ostseekooperation. Es gebe ein Thema, welches mit Blick auf die nächste Ostseeratspräsidentschaft mit der russischen Föderation abgestimmt werde. Dieses seien konkrete PPP-Projekte. So werde bereits die deutsche Ostseeratspräsidentschaft sehr konkret versuchen, PPP-Projekte in Kaliningrad zu implementieren. Aus seiner Sicht bestünden große Chancen für die norddeutschen Länder, sich bei diesen Projekten mit Expertise einzubringen. Frau Dr. Papaschinopoulou habe bereits angesprochen, dass eine Ostsee-Studie des Hamburgischen Weltwirtschaftsinstituts (HWWI) präsentiert werden solle. Das Auswärtige Amt habe die „Europäische Bewegung Deutschland“ gebeten, vor der deutschen Ostseeratspräsidentschaft, also von Januar bis Juni 2011, verschiedene Aktivitäten zu starten. Die Handelskammer Hamburg habe zusammen mit der Europäischen Bewegung Deutschland und dem Auswärtigen Amt die Erstellung dieser Studie als gewissermaßen kleinsten gemeinsamen Nenner in Auftrag gegeben, welche den Status quo der wirtschaftlichen Verflechtungen aufzeige. Die Handelskammer Hamburg habe ein Netzwerk gebildet und bei den Landesvertretungen angefragt. Er könne Herrn Staatssekretär Maurus dafür danken, dass das Land Schleswig-Holstein sofort mit der Landesvertretung in Berlin dabei gewesen sei. Eingebunden worden sei auch von Anfang an das Hanseoffice in Brüssel, vertreten durch Herrn Augustin. Insgesamt sei die Wahrnehmung sehr ähnlich, dass die Zusammenarbeit intensiver sein könne. Mecklenburg-Vorpommern habe beispielsweise gleich gesagt, dass es bei einem solchen Ostsee-Netzwerk aus Wirtschaft, Verbänden und norddeutschen Kammern nicht mit dabei sei.

Herr Finck wolle die Handlungsempfehlung geben, dass das Land Schleswig-Holstein einen Vertreter ins Auswärtige Amt entsenden solle, um den Sonderbotschafter Herrn Almer zu unterstützen. Dieses sei auf der KüWiVerMinKo von der IHK Nord vorgetragen worden und insofern demokratisch legitimiert. Er könne sich vorstellen, dass der Informationsfluss zwischen Auswärtigem Amt und Bundesland dadurch noch besser werden könne. Die Wirtschaft habe den Eindruck, dass die Zusammenarbeit deutlich verbesserungsfähig sei. Die Handelskammer und die IHK Nord forderten einen Ostseebeauftragten einzusetzen, der sowohl die norddeutschen Länderinteressen als auch die Bundesinteressen koordiniere. Es sei dann aber auch notwendig, bei verschiedenen Themen Kompromisse zu finden. Ein konkretes Beispiel, wo die Koordinierung gut gewesen wäre, sei die Frage der Absenkung der Schwefelbelastung in Schiffstreibstoffen gewesen. Dieses Thema sei auf internationaler Ebene geregelt worden. Interessant sei in diesem Kontext, dass es Segation in Nord- und Ostsee gebe, jedoch nicht im Mittelmeer. Das bedeute, dass die Kooperation dort so gut funktioniert habe, dass dadurch ein

Wettbewerbsvorteil entstanden sei, dass die Schwefelgrenzwerte deutlich höher seien als in Nord- und Ostsee. Eine Abstimmung hätte hier hilfreich sein können, da letztlich auch norddeutsche Wirtschaftsinteressen betroffen seien. Die jetzige Regelung führe dazu, dass 600.000 LKW pro Jahr mehr im norddeutschen Raum unterwegs sein, weil der Fährverkehr auf der Ostsee sich nicht so schnell umstellen könne. Denkbar wäre auch, dass alle norddeutschen Bundesländer ihre Europaabteilungen dazu bringen würden, stärker zu kooperieren und Federführeraufgaben stärker zu verteilen. Diese müssten sich mit dem Auswärtigen Amt intensiver zusammensetzen und schlagkräftiger gegenüber Brüssel aufzutreten. Ihm sei bewusst, dass diese Prozesse schwierig seien, was man auch an der Zurückhaltung des Auswärtigen Amtes bei den Anforderungen für das Personal für die deutsche Ostseeratspräsidentschaft sehe. Die Vertretung der Wirtschaft könne solche Vorschläge außerhalb von politischen Sachzwängen unterbreiten. Die Forderung des Ostseebeauftragten werde in der CdS-Nord-AG diskutiert. Dieses sei seit November 2010 auf der Tagesordnung. Die norddeutschen Industrie- und Handelskammern seien gebeten worden, eine entsprechende Vorlage vorzubereiten. Da die Industrie- und Handelskammern behördenähnlich arbeiteten, seien diese noch in der Beschlussfassung. Sie seien zuversichtlich, dass die Vorlage die CdS-Nord-AG auch erreichen werde.

Die Abg. Dr. Trauernicht trifft die Feststellung, dass die Darstellung der Situation deprimierend sei und sie die Diskussion seit vielen Jahren kenne. Es würden immer wieder Anstrengungen unternommen und kleine Fortschritte erzielt. Im Zusammenhang mit der Ostseestrategie sei ein entscheidendes Stichwort gefallen. Es sei aber so abstrakt geblieben, dass sie sich noch nicht vorstellen könne, welche Schlussfolgerungen die Enquetekommission daraus ziehen könne. Die Enquetekommission „Norddeutsche Kooperation“ sitze zusammen, um festzustellen, welche politischen Entscheidungen und Rahmenbedingungen so verbessert werden müssten, dass die Durchsetzung norddeutscher Interessen in nächster Zeit besser gelinge.

Der Vorsitzende, Abg. Mattheßen, weist ergänzend darauf hin, dass es bereits viele Gremien gebe und insgesamt die Herausforderung mit wenig vorhandenen Mitteln, zu einem Ergebnis zu kommen.

Herr Finck antwortet darauf, dass eine Zusammenarbeit der Europaabteilung der norddeutschen Bundesländer erfolgen müsse. Es müssten Federführungsthemen bestimmt werden und eine enge Zusammenarbeit stattfinden. Er habe beispielsweise mit Frau Dr. Papischinopoulou gemeinsam an dem Thema „Transeuropäische Netze“ gearbeitet und sie wollten eine Position deutlich machen. Er habe im Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Stadtentwicklung (BMVBS) angerufen, um den Sachstand zu erfahren. Letztlich sei es in einem engen Austausch von Federführern bei einem Thema möglich gewesen, eine Veränderung der Drucksä-

che hinzubekommen. So konkret und einfach könne es ablaufen. Dieses setze aber voraus, dass die klare Anweisung komme, dass jemand, der für die norddeutsche Wirtschaft an dieser Stelle sitze und jemand in einer kleinen Lobbyeinheit in Berlin zusammenarbeiten. Ihm sei bewusst, dass es im Rahmen des Dienstweges Hierarchien gebe. Wichtig sei aber auch, dass man zügig genug sei, um überhaupt Einfluss nehmen zu können. Ihm sei bekannt, dass Frau Dr. Papaschinopoulou in der schriftlichen Stellungnahme, die der Enquetekommission wie die schriftliche Stellungnahme aus Hamburg noch zugehen werde, konkrete Themenbereiche benannt habe. Er sei oft bei der SPD-Küstengruppe und CDU-Küstengruppe in Berlin, wo sie Berliner und Brüsseler Themen behandelten. Es gehe letztlich um eine Verzahnung der vorbereitenden Papiere auf Brüsseler und Bundesebene. Es gebe in Berlin ein Format des sogenannten EUD-Briefings, wo er kaum einen Vertreter der norddeutschen Länder sehe. Hier seien immer nur Wirtschaftsvertreter und Verbände vertreten. Diese wollten auf diese Weise konkret erfahren, was im Rat gelaufen sei. Dieses müsse sich auch insgesamt ändern. Er wolle darauf hinweisen, dass in acht der zehn wichtigsten europäischen Wirtschaftsverbände Niederländer an der Spitze säßen. Dieses führe beispielsweise dazu, dass norddeutsche Interessen schlecht vorab in Kommissionsdrucksachen aufgenommen würden. Demgegenüber würden Interessen anderer Länder stärker aufgenommen.

Frau Dr. Papaschinopoulou stellt fest, dass es eine Notwendigkeit zur Kooperation gebe und dass es diesbezüglich auch mehr als genug Themen gebe. Diese Kooperation müsse innerhalb Norddeutschlands, in der Makroregion Ostsee sowie darüber hinaus über Brüssel in die Welt geschehen. Die Frage sei, wie dieses am effizientesten und effektivsten umgesetzt werde. Dieses sei keine einfache Frage. Sie weist darauf hin, dass die Industrie- und Handelskammern Anfang 2004 begonnen hätten mit der Kooperation bei verschiedenen Themen, die immer mehr geworden seien. Dieses liege auch daran, dass inzwischen viel mehr für die Wirtschaft relevante Gesetzgebung auf europäischer Ebene geschehe. Die Komplexität und der Bedarf an Transparenz und Legitimation sei irgendwann so groß geworden, dass die IHK Nord zusätzlich zu der rotierenden Präsidentschaft ein schlankes Generalsekretariat geschaffen habe, welches das gesamte Geschäft vorantreibe. Im Rahmen der Industrie- und Handelskammern sei alle sechs Monate eine andere Kammer zuständig für die Geschäftsführung. So habe man auf der einen Seite eine Institution auf der Ebene des Sekretariats, welches kontinuierlich und systematisch die Themen transparent vorantreibe. Auf der anderen Seite gebe es alle sechs Monate einen turnusmäßigen Wechsel in der Geschäftsführung. Dieses System sei dem der Europäischen Union sehr ähnlich. Alle sechs Monate gebe es auch eine neue EU-Ratspräsidentschaft. In Norddeutschland sollte man es aus ihrer Sicht etwas gründlicher, ernsthafter und seriöser angehen. Ihr schwebte vor, eine Art Kommission mit klugen Menschen mit Visionen und Expertise von allen fünf norddeutschen Bundesländern zu bilden. Sie greift den Hinweis des Vorsitzenden auf, dass es bereits Strukturen für Zusammenarbeit gebe.

Sie persönlich hätte gerne einen Überblick darüber, was diesbezüglich angeboten werde. Man müsse sich die Frage stellen, was an Expertise angeboten werde und was mit welchen Erfahrungen und Ergebnissen abgedeckt werde. Hier sei dringend eine Bestandsaufnahme notwendig. Aus ihrer Sicht könne es hier möglicherweise Synergien geben. Es sei dennoch notwendig, weiter zu denken. Die bestehenden Strukturen seien den neuen Herausforderungen nicht gewachsen. Aus ihrer Sicht werde dieses Thema fragmentarisch und nicht kontinuierlich und systematisch bearbeitet und am Ende sei kein Fortschritt. Die Tatsache, dass die Enquete-Kommission heute darüber diskutiere, zeige, dass man noch nicht am Ende des Weges angekommen sei. Sie bittet die Kommission, die Diskussion mit geballter Kraft weiter voranzutreiben. Dieser Prozess brauche Zeit. Zu berücksichtigen sei, dass die Themen mehr und komplexer würden und der Bedarf an geballtem Einfluss werde größer. Ziel müsse die Vermeidung von Mehrfachebenen und Mehrfachressourcen sein. Der Vorteil der Enquetekommission sei aus ihrer Sicht, dass sie diesen Prozess beginnen könne.

Die Abg. Strehlau merkt an, dass sie die Ausführungen dahingehend verstehe, dass ein Bundesland mittlerweile nicht mehr in der Lage sei, personell den Anforderungen an eine Vertretung in Brüssel zu genügen. Was halte dann ein Bundesland davon ab, sich zusammenzuschließen.

Herr Finck antwortet darauf, dass die personellen Ressourcen das größte Problem seien. Dank des Lissabon-Vertrages werde der Bundestag in fast allen Ausschüssen, mit europäischen Drucksachen befasst. Es sei enorm zeitaufwendig, ein Monitoring dieser Drucksachen durchzuführen. Sicherzustellen, dass man hier nichts übersehe, funktioniere nur, wenn man jemanden in Brüssel habe, der auch mit aufpasse. Es sei daher ein sehr enger Austausch der Landesvertretungen notwendig. Er treffe häufig Herrn Augustin in Berlin. Man brauche zum einen Netzwerker und des Weiteren einen Stab, der diese Arbeit übernehmen könne. Ohne das Zusammenführen der verschiedenen Europaabteilungen aus den jeweiligen Staats- und Senatskanzleien sei es personell nicht möglich. Da auf Grund der Haushaltslage in den fünf norddeutschen Ländern kein neues Personal eingestellt werden könne, sei eine Kooperation der Europaabteilungen noch sinnvoller. Die Idee, ein Generalsekretariat einzurichten, wo alle Federführer zusammen sitzen würden, sei eine charmante Lösung. In diesem Zusammenhang wäre eine Bündelung sinnvoll. Ihm sei bewusst, dass man bei dieser Form der Kooperation den Konkurrenzgedanken der Bundesländer untereinander zurückfahren müsse. Die Frage sei, ob der politische Wille dafür da sei. Europa nehme auf diesen Gedanken des Wettbewerbsföderalismus keine Rücksicht.

Herr Jorkisch merkt an, dass er den Eindruck habe, dass die norddeutsche Stimme in Brüssel nicht so effektiv sei. Er stellt daher die Frage, was aus Sicht der IHK der richtige Weg sei.

Er stellt die Frage, ob es eine höhere Durchschlagskraft für Norddeutschland plus X gebe, wenn man eine völlig andere Kräftebündelung hätte.

Frau Dr. Papaschinopoulou antwortet darauf, dass es eine strategische Notwendigkeit einer verzahnten Zusammenarbeit in Norddeutschland gebe. Auf der einen Seite gebe es die Änderungen des institutionellen Rahmens durch den Lissabon-Vertrag und auf der anderen die Makroregion Ostseeraum. Es gebe vier norddeutsche Vertretungen in Brüssel: die von Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Bremen sowie das Hanse-Office. Es funktioniere irgendwie aufgrund der politischen und personellen Zusammenhänge. Es müsse allerdings zuhause mit der Zusammenarbeit begonnen werden. Es müssten insgesamt Strukturen gefunden werden, wo man Verfahren und Prozesse sowie Ressourcen noch optimiere. Dieses müsse so schnell wie möglich geschehen. Sonst würden zu viele Ressourcen redundant und mit unterschiedlichen Blickwinkeln eingesetzt. Ein Beispiel aus dem maritimen Bereich seien Konzessionen in den Häfen. Dieses Thema müsse lobbyiert werden und der Kontakt mit Finnland, Schweden und den baltischen Staaten gehalten werden. Wichtig ist, dass auch diese wüssten, was konkret geregelt werde und wann möglicherweise eine Richtlinie komme. Eine wichtige Frage sei, wie man zu Mehrheiten komme und wie man mehr Gewicht bei der Kommission bekomme. Weiter sei sicherzustellen, dass die Anregungen über Berlin und die anderen Hauptstädte der Mitgliedstaaten auf europäischer Ebene ankomme. Es gebe diesbezüglich viel Arbeit und am Ende des Tages auch viele Themen. Die Themen seien nicht nur für die Wirtschaft wichtig, sondern für einen Standort allgemein. Dieses sei beispielsweise bei Themen wie Sicherheit in der Lieferkette, Protektionismus, Umweltthemen. Die Lösungen seien aber nicht in Brüssel zu finden. Jedes Land müsse seine Hausaufgaben machen. Brüssel sei eine Ebene, wo sich die Situation zu Hause im Mitgliedsstaat widerspiegele. Man müsse sich dann die Fragen stellen, was die Ausgangslage sei, wo man hinmüsse, was nicht funktioniere, wie man über neue Wege und Instrumente zum Ziel kommen könne. Die Wege müssten in Schleswig-Holstein in Kooperation gemeinsam mit den anderen norddeutschen Bundesländern gefunden werden. Wenn dieses funktioniere, könne man davon ausgehen, dass die weitere Verzahnung im Ostseeraum einfacher werde. Ihr „Geschäft“ sei zu fast 70 % aus dem Bereich der maritimen Wirtschaft in den letzten zehn Jahren. Egal, ob es hier um Interessenvertretung gehe oder Anfragen der über 600.000 vertretenen Unternehmen. Vor sieben Jahren hätten Hamburg und Bremen in Brüssel gesehen, dass sie alleine nicht weiterkämen. Auch Hamburg sei mit den Interessen rund um seinen Hafen alleine nicht weitergekommen. Es sei aber schwierig, Positionen in Norddeutschland abzustimmen. Auch die Bundesrepublik Deutschland sei insgesamt bei maritimen Interessen schlecht und ineffizient in Brüssel vertreten. Im Bereich der maritimen Wirtschaft seien die großen Verbände schlecht aufgestellt. Sie nennt den Verband Deutscher Reeder und die Spediteure, die Häfen. Alle Industriezweige im Bereich der maritimen Wirtschaft hätten schlechte Möglichkeiten, in Brüssel Interesse als

deutsche Interessen zu vertreten. Dieses sei ein Defizit, welches gelöst werden müsse. Es solle jetzt ein maritimes Kompetenzzentrum in Brüssel geben, wo alle Beteiligten mit maritimen Interessen zusammenkämen. Man müsse insgesamt mit Rumors and Intelligence arbeiten, was in Brüssel äußerst wichtig sei. Man müsse rechtzeitig zu einer gemeinsamen Interessenlage kommen. Beispielsweise könnten Interessen verzahnt über die europäischen Verbände artikuliert werden. Es müssten alle Möglichkeiten im europäischen Parlament genutzt werden und nicht nur die norddeutschen. Man müsse nicht nur auf der Ebene Land-Berlin-Brüssel arbeiten, sondern man müsse auch inhaltlich arbeiten. Aus ihrer Sicht sei die einzige Möglichkeit eine Synthese, die mehr Einfluss in Brüssel ermögliche. Deshalb sei es wichtig, vor Ort in Deutschland die „Hausaufgaben zu machen“. Ein wenig Emotionalität sei notwendig, um weiterzukommen. Notwendig sei aber auch sehr große Rationalität. Die Fragen seien, wie könne man an neue Mechanismen kommen, in welchem Zeitraum, mit welchen Ressourcen und mit welchen Ergebnissen. Die Zusammenarbeit müsse als Projekt mit Anfang und Ende angegangen werden.

Herr Jorkisch stellt Herrn Finck die Frage, was im Hinblick auf Entwicklungen im Ostseeraum der richtige Weg sei.

Herr Finck sieht auf die Frage von Herrn Jorkisch drei konkrete Wirtschaftsfelder, in denen eine Zusammenarbeit notwendig sei. Der Innovationsraum „Ostsee“ müsse aus seiner Sicht viel stärker konkret bearbeitet werden. Der Handel mit Innovationen beziehungsweise Patenten führe zum größten Wirtschaftswachstum bei Unternehmen. In Litauen sei beispielsweise Skype erfunden worden. Niemand habe gedacht, dass in einem solchen Land etwas derart Revolutionäres entstehen könne. Finnland stehe für Nokia. Er sei überzeugt, dass die Herausbildung von Innovationsclustern im Ostseeraum eine große Chance biete. In Schleswig-Holstein müsse das Thema Offshore stärker mit allen Mitteln vorangetrieben werden. Ein letzter weiterer Bereich sei der demografische Wandel im Ostseeraum. Mehr getan werden müsse aus seiner Sicht im Bereich der Wissenschaftskooperation. Hier sei die Öresund-Universität ein äußerst gutes Beispiel. Die Zusammenarbeit mit Dänemark sei hier sehr wichtig. Auf einen dritten Bereich gebe es noch keine Antwort. Dieses sei der demografische Wandel im Ostseeraum, welcher stärker in den Fokus zu nehmen sei. Dieser stelle die Wirtschaft vor große Herausforderungen aber schaffe auch Wachstumschancen. In den baltischen Staaten sei eine Bevölkerungsabwanderung von 10 bis 30 % in den nächsten fünfzehn Jahren zu erwarten. In Skandinavien hingegen sei ein Bevölkerungszuwachs von 20 bis 30 % zu erwarten. Auf der einen Seite stünden dann Häuser leer. Auf der anderen Seite müsse die Bauindustrie in Skandinavien nachlegen. Die Frage sei, wie der westliche Ostseeraum darauf reagiere. Er sehe in den genannten Handlungsfeldern neben dem maritimen Bereich große Mög-

lichkeiten. Wichtig sei, sich hier frühzeitig aufzustellen und diese Wandlungsprozesse zu begleiten.

c) Dritter Block

Es erhält Staatssekretär Maurus aus der Schleswig-Holsteinischen Staatskanzlei das Wort. Zu Beginn begrüßt Herr Staatssekretär Maurus die lebendige Diskussion in der Enquetekommission. Er weist darauf hin, dass in dieser Woche im Land die Europa-Woche gestartet worden sei. Europa ginge seit jeher alle an. Allerdings fühlten sich die Europäer häufig in dem politischen Rahmen, in dem sie arbeiteten, nicht immer Ernst genommen, obwohl Europa weltpolitisches Gewicht habe. Die Rahmenbedingungen, unter denen in der Bundesrepublik Deutschland aber auch in Schleswig-Holstein Politik gemacht werde, würden in Brüssel und Berlin diskutiert. Ebenfalls würden diese heute in dem einen oder anderen Landesparlament aktiver als in Schleswig-Holstein diskutiert, worüber er sein Bedauern ausdrücken wolle. Der Vertrag von Lissabon sei für die Arbeitsweise in der Europäischen Union, wie bereits angesprochen, die Grundlage und enthalte neue Möglichkeiten. Es gebe das Urteil des Bundesverfassungsgerichts hierzu. Deutschland sei gehalten über den Bundestag und den Bundesrat in Brüssel seine Positionen zu vertreten. Selbstverständlich habe man lernen müssen, dass es wichtig sei, dass sich ein Mitgliedstaat frühzeitig informiere, um überhaupt mitreden zu können. Er sei vor gut einem Jahr bei seinem Antrittsbesuch im Kanzleramt vom damaligen Abteilungsleiter Europa Dr. Uwe Corsepius neben den Themen der Strategie 2020 und der Stockholmer Erklärung darauf hingewiesen worden, dass die deutschen Bundesländer, wenn sie auf europäischer Ebene eine Rolle spielen wollten, mit der Bundesregierung proaktiv tätig sein müssten. In diesem Zusammenhang empfiehlt er einen Blick in die Stockholmer Erklärung. Dieses sei die Grundlage für die Innen-, Sicherheits- und Rechtspolitik, welche jetzt Zug um Zug mit umgesetzt werde. Beim Start der gemeinsamen Agrarpolitik hätte die Bundesregierung eine Linie gehabt und dann hätten die Länder gesagt, dass diese nicht mitmachten. In der Agrarpolitik sei ein absolutes Umdenken erfolgt und man sei proaktiv tätig geworden. Man bringe sich frühzeitig in Diskussionen ein mit der Folge, dass man seine Position wirksam in Brüssel vertrete. In anderen Politikfeldern müsse dieses ebenfalls geschehen.

Er wirft die Frage auf, wie Deutschland beziehungsweise Norddeutschland in Brüssel aufgestellt sei. Zunächst gebe es die Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland mit circa 120 Mitarbeitern und einem Sonderbotschafter an der Spitze. Dann gebe es daneben die Länderbeobachter. Auch Schleswig-Holstein habe die letzten sechs Monate einen Mitarbeiter aus der Landesvertretung als Mitländerbeobachter in das Büro des Länderbeobachters entsandt. Es gebe eine Vereinbarung mit den anderen Bundesländern, dass turnusmäßig Mitarbeiter ausgetauscht würden, die von den Ländern bezahlt würden. Dadurch sollten die Mitarbeiter

selbst Einblick bekommen und erfahren, wie dort zusammengearbeitet werde. Weiter habe jedes Bundesland seine eigene Vertretung. Hamburg und Schleswig-Holstein hätten das gemeinsame Hanse-Office. Die Bandbreite der Aufstellung der Landesvertretungen sei äußerst unterschiedlich. So habe die Bayerische Landesvertretung einen Stab von mehr als 40 Mitarbeitern. Auch die Vertretung von Baden-Württemberg sei sehr stark aufgestellt. Das Hanse-Office habe 8 Referentenstellen, was 4 Referenten pro Land bedeute. Die Aufstellung allein zeige schon, dass Hamburg und Schleswig-Holstein mit einer eigenen separaten Landesvertretung in Brüssel jeweils nicht voll handlungsfähig seien. Diese acht Referenten deckten die Fachgebiete ab und versuchten frühzeitig an Informationen heranzukommen. Man tausche sich aus und halte die persönlichen Kontakte zu den relevanten Lobbyisten, zu den Generaldirektionen und zur Kommission. Er greift die bereits angesprochene Kohäsionspolitik und die Strukturfonds auf. Es gehe um wichtige Themen und vor allem 1,4 Milliarden Euro beziehungsweise umgelegt 765 Mio. Euro an EU-Mitteln, die über die Strukturfonds verteilt würden. Diese würden aufgeteilt nach den Ziel-1-Regionen, welche im Wettbewerb noch nicht ganz standhalten könnten, Ziel-2-Regionen, welche noch Strukturdefizite hätten aber schon gut aufgestellt seien und in den Ziel-3-Regionen gebe es die territoriale Zusammenarbeit. Bei den Ziel-1-Regionen hätten in den vergangenen Jahren die neuen Bundesländer im Mittelpunkt gestanden. Mittlerweile seien diese über 75 % des durchschnittlichen BIP der EU also nicht mehr Ziel-1-Regionen. Die neuen Bundesländer würden argumentieren, dass sie wegen des Verlustes an Geld einen Ausgleich bräuchten. Die westdeutschen Bundesländer würden auf diesen Zielerreichungsgrad schauen. Beispielsweise habe sich Mecklenburg-Vorpommern zum stärksten Konkurrenten im Bereich des Tourismus für Schleswig-Holstein entwickelt. Man könne sich vorstellen, dass die Interessenlagen dann zwischen den einzelnen norddeutschen Bundesländern unterschiedlich seien. So hätte Schleswig-Holstein wenig Interesse, Ziel-2-Mittel herzugeben, um Übergangslösungen zu finanzieren. Man könne so etwas auch in den Ziel-1-Kriterien regeln. Man müsse nicht 85 % ausschütten. Man könne stattdessen durch eine Reduzierung des Zuschusses einen extra Fonds bilden, durch den man Übergangslösungen finanziere. Bei Ziel-2-Mitteln versuche Schleswig-Holstein den gleichen Geldbetrag zu bekommen wie bisher. Es sei seit der Osterweiterung der europäischen Union zwangsläufig eine Reduzierung der Zuschüsse eingetreten. Die größere europäische Union führe zu einer breiteren Mittelverteilung. Aus dem Kreise der Mitgliedsstaaten werde dann argumentiert, dass es Deutschland überproportional gut gehe und die Einzahlung erhöhen solle, so dass auch mehr wieder ausgeschüttet werden könne. Deutschland sei jedoch ohnehin schon der größte Nettozahler der Europäischen Union. Einen höheren Betrag in den Topf einzahlen, wolle Deutschland daher nicht. Aus den Ziel-3-Mitteln für die territoriale Zusammenarbeit würden die INTERREG-Programme bezahlt. Hieraus werde die Ostsee-Zusammenarbeit finanziert, welche von ganz herausragender Bedeutung sei. Daneben gebe es noch weitere separate Probleme. Bei den Agrarfördermitteln aus dem Agrarfonds ELER würden für Deutsch-

land momentan 347,00 Euro pro Hektar an Direktzahlungen ausgeschüttet, für Polen 147,00 Euro pro Hektar und für Lettland 97,00 Euro pro Hektar. Der Europäische Haushaltskommissar Lewandowski habe sehr deutlich gesagt, dass es hier zu Veränderungen werde kommen müssen. Von deutscher Seite sei vorgetragen worden, dass die deutsche Landwirtschaft die Ausschüttungen noch eine Zeit lang einfrieren würde. Seitens der Kommission habe es aber dann die Einschätzung gegeben, dass Deutschland sich in dieser Form nicht werde durchsetzen können. Herr Staatssekretär Maurus merkt an, dass dieses vor Kurzem geschehen sei und hier daher Probleme zu erwarten seien. Diese entstünden vor allem auch deshalb, weil die Direktzahlungen 50 % der landwirtschaftlichen Einkommen ausmachten. Wenn es hier zu Veränderungen komme, werde es weniger Mittel im ländlichen Raum geben. Man diskutiere über Direktzahlungen von 200 bis 250 Euro pro Hektar in der nächsten Förderperiode. Insgesamt müsse man feststellen, dass hier Geld fehlen werde. Dieses führe zwangsläufig dazu, dass im Land die Prioritäten zu setzen seien und Lösungen zu entwickeln seien, wie der ländliche Raum gestärkt werden könne. Ein Interessenkonflikt in den norddeutschen Ländern könne dann auch dadurch entstehen, dass die Auffassung vertreten werden könnte, dass das Geld nicht in die Landwirtschaft fließen solle, sondern andere Programme damit querfinanziert werden sollten. Die ELER-Mittel könnten nämlich auch für den Umweltschutz und gegen die Meeresverschmutzung eingesetzt werden. Es müssten in diesem Kontext daher in Deutschland Prioritäten gesetzt werden.

Die Informationen der Landesvertretung gingen an die Regierung und auch an das Parlament. Nach dem Vertrag von Lissabon und nach dem Lissabon-Urteil des Bundesverfassungsgerichtes seien alle Informationen mit Ausnahme der Bewertung der Bundesregierung bereitgestellt worden. Der Zugang zu allen europäischen Drucksachen sei möglich. Dieses umfasse Weißbücher, Grünbücher, Richtlinien und Anordnungen von Stellungnahmen. Ein Landesparlament könne sich dort einmischen. Gerade auch bei der Diskussion um Strukturfonds sei es wichtig, Einfluss zu nehmen. Das Land Schleswig-Holstein habe eine allgemeine Stellungnahme zur Kohäsionspolitik abgegeben. Es sei nicht immer einfach, dieses über den Bundesrat hinzubekommen. Es müssten sowohl 16 Länderpositionen als auch noch unterschiedliche Lobbyinteressen aus Wirtschaft und Landwirtschaft unter einen Hut gebracht werden. Schleswig-Holstein habe seine Position in Brüssel deutlich gemacht. Im Ausschuss der Regionen werde versucht, Mehrheiten hinzubekommen. Hier habe man relativ wenige Sitze und es müssten sich erst die Fraktionen einig werden, bevor man mit einer deutschen Position weiter komme und zusätzlich brauche man Verbündete. Dort seien die natürlichen Verbündeten Skandinavien und der Baltische Raum und eventuell die Briten und die Franzosen. Es habe in der letzten Zeit Abstimmungen gegeben, wo alle kleinen Mitglieder sich verbündet hätten und Schleswig-Holstein gar nicht mehr zum Zuge gekommen sei. Dieses sei bei den Fragen gewesen, wo es um die Verteilung von Geld gegangen sei. Im Vorwege versuche man auch die

Länderinteressen in den Generaldirektionen zu den einzelnen Punkten deutlich werden zu lassen aber auch gegenüber der Kommission. Bei jedem Brüssel-Termin eines Vertreters des Landes würden die Interessen deutlich in Brüssel bekundet. Jeder Termin eines Ministers werde dafür genutzt. Die Mittel des europäischen Sozialfonds (ESF) würden in Schleswig-Holstein auf die Arbeitsmarktförderung festgeschrieben. So sei bei der Mittelverwendung beispielsweise auch ein Einsatz für Schulsozialarbeit möglich. Die ungarische Ratspräsidentschaft habe klar zum Ausdruck gebracht, dass die Mittel derartig eingesetzt werden könnten. Auch die Lösung von Problemen im Zusammenhang mit der Minderheit der Sinti und Roma könne mit diesem Fonds bestritten werden. Wichtig sei es hier, dass regionale Sichtweisen deutlich gemacht würden.

Gute Kontakte im Kontext mit der Kohäsionspolitik gebe es zu EU-Kommissar Johannes Hahn. Dieser habe sich die Zeit genommen, sich auch noch einmal mit einzelnen Ländervertretern auseinanderzusetzen. Es gebe momentan die glückliche Situation, dass der zuständige Generaldirektor Dr. Dirk Ahner ein Deutscher sei, mit dem man Kontakt habe. Im Bereich der Meerespolitik sei festzustellen, dass Schleswig-Holstein als einziges Bundesland einen „Aktionsplan Meer“ auf den Weg gebracht habe. Bei Veranstaltungen zur Meerespolitik sei Schleswig-Holstein daher immer wieder gewünschter und favorisierter Diskussionspartner gewesen. Schleswig-Holstein könne in diesem Bereich die „Good Governance“ jedes mal sicherstellen. Es laufe derzeit eine Bestandsaufnahme und der Aktionsplan solle fortgeschrieben werden. Es sei ein maritimes Cluster in diesem Kontext diskutiert worden. Gerade heute habe eine Veranstaltung stattgefunden, in der das maritime schleswig-holsteinische Cluster zum norddeutschen maritimen Cluster erweitert worden sei, wo Herr Horch sehr deutlich die Zielsetzungen und die vergangene Zusammenarbeit und die neue Zusammenarbeit dargestellt habe. Aus seiner Sicht sei man hier auf einem guten Weg. Eine Verbesserung der Zusammenarbeit in Brüssel bleibe weiterhin möglich. Herr Maurus weist darauf hin, dass die entscheidende Frage sei, ob die Kooperation bei der Vertretung auf EU-Ebene über Themen oder über feste Strukturen laufen solle. Bei der Schnellebigkeit der heutigen Themen müsse man über Themen neue Kooperationsformen finden. Er sei der Auffassung, dass eine große norddeutsche Ländervertretung zum Scheitern führe. Der Grund liege vor allem auch darin, dass es zwangsläufig in den Bundesländern eigene Diskussionen und eigene Schwerpunkte gebe. Es dauere insgesamt zu lange bei einer Vertretung für fünf Bundesländer zu einer Position zu kommen. Er wage zu bezweifeln, dass dieser Punkt in einer festen Kooperation ausgeräumt werden könne. Voraussetzung sei in einer solchen Konstellation, dass man überall Generalisten habe, die zu allem etwas sagen könnten. Es sei aus seiner Sicht eher sinnvoll, Spezialisten zu haben. Als aktuelles Beispiel nennt er die derzeitige Diskussion um die Atompolitik. Wenn er sehe, was von EU-Kommissar Oettinger zu den Standards vorgegeben worden sei und er sich die Bandbreite der Detaildiskussion anschau, bezweifle er, dass dieses alles über Generalisten bewäl-

tigt werden könne. Darüber hinaus gebe es bei diesem Thema beispielsweise in Frankreich, Großbritannien oder den Niederlanden unterschiedliche Interessen. Bisher sei es so, wenn Fachleute gefordert seien, dass das Hanseoffice diese Frage aufnehme, der Staatskanzlei diese Frage zurückspiegele direkt in das Fachressort, welches dazu eine Position erarbeite. Damit gebe es dann eine schleswig-holsteinische Position zu der entsprechenden Frage, die vertreten werden könne. Es sei dann aber noch erforderlich, dass aufgrund mehrerer Positionen sich beispielsweise die norddeutsche Energieministerkonferenz oder eine norddeutsche Atomministerkonferenz mit der Position beschäftigen müssten. Die Leitertreffen in Brüssel seien ein sinnvoller Austausch, weil er auch stark in die Breite gehe. Er stelle sich jedoch die Frage, ob bei diesen Treffen der Rhythmus reiche. Wichtig sei aus seiner Sicht ein häufigeres Zusammenkommen für einen besseren Austausch. Er halte es für sinnvoll, wenn Lobbyisten wie beispielsweise die Vertreterin der Wohnungsbauwirtschaft bei Fragen zur Steigerung der Energieeffizienz Kontakt zum Hanseoffice aufnehme und darauf hinweise, dass zu diesem Thema eine Vorlage entstehe. Das Hanseoffice habe hier einmal einen Tipp bekommen und diesen an die Bundesregierung weiter geleitet. Diese Erkenntnisse hätten also konkret verwendet werden können. Wichtig sei in diesem Zusammenhang auch, Kontakte zu pflegen und Networking zu nutzen. Networking sei im Brüsseler Geschäft das A und O. Man habe erfahren, dass man sich in Brüssel frühzeitig einbringen müsse und nicht erst, wenn Themen schon diverse Gremien durchlaufen hätten und sich schon viele Länder positioniert hätten. Schleswig-Holstein arbeite im Verbund und nicht allein. Zu nennen seien die Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland, die Länderbeobachter, die Länderbüros und Bundesratsausschüsse. Wenn man sich die Tagesordnungen von Bundesratssitzungen anschau, dann seien 50 % der Tagesordnungspunkte mit Brüsseler Themen bestückt. In den Länderparlamenten sei das mangels direkter Zuständigkeit noch nicht so stark ausgeprägt. Er wünsche sich bei dem einen oder anderen Thema, dass dieses ausgedehnt werden könnte.

Es gebe in Brüssel die sogenannten internationalen Gruppen „Ostseeregion“ und „Nordsee/Ärmelkanal“. Man treffe sich einmal im Monat und er sei Vizepräsident der „Baltic Sea Group Ostsee“, der Vorsitzende sei der Schwede Uno Aldegren. Dort werde diskutiert, wie die gemeinsame Ostsee-Strategie weiter umgesetzt werden könne. Es werde auch jedes Mal mit Fachleuten ein anderes Thema diskutiert. Es diene auch dazu, ein Stück Bewusstsein für diese Zusammenarbeit zu schaffen. Im Bereich der Ostsee sei Schleswig-Holstein nicht nur in „Baltic Sea Groups“, sondern auch in verschiedenen anderen Organisationen stark vertreten sei. Es gebe das BSSSC Netzwerk der Ostseeregionen, wo Hamburg in der letzten Phase den Vorsitz gehabt habe. Schleswig-Holstein habe den Vorsitz auf der Arbeitsebene und tausche sich stark mit aus. Neben diesem Bereich „Interregionale Gruppe Ostseeregion“ gebe es die „Regionale Gruppe Nordsee“, in der Schleswig-Holstein auch mitarbeite. Der Kollege Kuhn habe zur Nordsee-Strategie im Europaausschuss vorgetragen. Bei der Ostsee-Strategie gebe es

die anerkannte Makroregion, bei der Nordseestrategie kämpfe man noch um eine Anerkennung. Viele Regionen und Teilregionen würden diese Anerkennung befürworten. Allerdings würden die Nationalstaaten wie beispielsweise die Niederlande, Frankreich oder Großbritannien lieber über den Mitgliedsstaat als Ganzes arbeiten, anstatt hier eine Strategie aufzutun, welche zusätzlich Kräfte und Mittel binde. Die EU gehe nach seiner Einschätzung von dieser Nordseestrategie ein Stück zurück und sei eher, dafür eine „Meeresbeckenstrategie“ aufzunehmen. Die Tendenz der EU sei, dass erst beim Ostseeraum, dem Mittelmeer und dem Donaauraum gezeigt werden solle, dass diese Strategien Erfolge brächten. Die Nordsee entwickle sich immer mehr zum „Energiemeer“. Es gebe eine Reihe an Problemen, die durchaus gemeinsam gelöst werden müssten. Die Frage der Beteiligung an der Ostseeratspräsidentschaft sei angesprochen worden. Es gebe die Strategie des Auswärtigen Amtes zur Ostseekooperation. Es gebe die Anfrage, ob hierher ein Mitarbeiter abgeordnet werden könne. Es gebe einen Mitarbeiter, der an das Bundesverkehrsministerium abgeordnet sei und dort für Meerespolitik zuständig sei. Es gebe eine Anfrage, einen Mitarbeiter an das Bundespräsidialamt abzuordnen. Es gebe weiter eine Anfrage des Bundesinnenministeriums, einen Mitarbeiter hierhin abzuordnen. Er merke an, dass das Bundesinnenministerium die Kosten zahle und dieses Angebot insoweit fair sei. Die anderen Ministerien bestünden darauf, dass das Land Schleswig-Holstein den Mitarbeiter bezahle und diesen schicke und allenfalls die Bereitschaft zur Zahlung der Ministerialzulage bestehe. Man sei noch in der Prüfung über die Stelle im Auswärtigen Amt, weil das Thema Schleswig-Holstein nahe liege. Es habe zwei Vorstöße gegeben, die leider gescheitert seien. Ein Mitarbeiter habe im ersten Fall gesagt, dass er diese aus grundsätzlichen Erwägungen nicht wolle. Eine weitere Mitarbeiterin habe gesagt, dass sie dieses aus familiären Gründen nicht könne. Die Angelegenheit sei noch einmal in die Ausschreibung gegeben worden. Ihm sei aus dem Wissenschaftsbereich signalisiert worden, dass Interesse bestehe, so etwas zu machen. Er sei zuversichtlich, dass das in naher Zukunft diese Personalfragen geklärt würden, so das Schleswig-Holstein bald mitarbeiten könne. Schleswig-Holstein sei im letzten Jahr Ansprechpartner des Auswärtigen Amtes zu allen Fragen im Ostseeraum gewesen. Er selbst habe an der Ostseeratssitzung teilnehmen können.

Als weiteres Kooperationsprojekt im Rahmen der INTERREG-Programme gebe es die STRING-Kooperation mit Hamburg, Seeland, Lübeck, den Kreisen Ostholstein und Plön und der Region Kopenhagen, Malmö. In dem Bereich werde versucht, sich einzubringen. Dänemark sei ein Nachbar, der auch zwischen den Meeren lebe. Man sei dabei, die Zusammenarbeit mit Dänemark neu zu strukturieren. Er weist darauf hin, dass man auf die den Kommissionsmitgliedern vorliegende Dänemark-Strategie über 80 Einwände und Anregungen bekommen habe. Es seien auch Anregungen aus dem Bundesforschungsministerium aufgenommen worden, was begrüßenswert sei. Das Land sei auf Deutsch-Dänische Forschungsvorhaben aufmerksam gemacht worden, in die man eintreten könne. Hier sei die Frage, wie man ge-

meinsame Forschung und Entwicklung etabliere. Sollte dieses über gemeinsame Universitäten oder über eine Kooperation und der hierzu notwendigen Koordinierung geschehen. Minister de Jager werde hierzu am 24. Mai 2011 im Kabinett über den Sachstand der Gespräche mit dem zuständigen dänischen Ministerium berichten. Diese Ergebnisse würden in die Strategie mit aufgenommen, so dass diese dann umgesetzt werden könne. Das Ziel sei es, neben den Mitteln, die Schleswig-Holstein direkt für die INTERREG-Arbeit zwischen Deutschland und Dänemark zugewiesen bekomme, auch an die INTERREG-Mittel für den Ostseeraum von 208 Millionen Euro und den Nordseeraum von 156 Millionen Euro heranzukommen. Hier sei man noch zu schwach aufgestellt und man brauche größere Projekte, die dann auch tatsächlich den Zielen der EU-Ostseestrategie gerecht würden und um Strukturen verbessern zu können. Mit kleinen Fördersummen komme man nicht weiter, was er auch noch einmal vor dem Finanz- und Europaausschuss dargelegt habe. Dadurch dass es eine Strategie gebe, werde man auch in der nächsten Förderperiode fast genau in die Vorstellung der Europäischen Union hineinreichen. EU-Generaldirektor Dr. Dirk Ahner mahne an, dass die Mittel in Zukunft nachhaltiger verwendet werden müssten. Diese Nachhaltigkeit werde daher auch in der Mitte der Förderperiode überprüft werden. Es würden in Zukunft mit den Regionen Vereinbarungen abgeschlossen. Es gebe den Ostseebericht, die Dänemark-Strategie und den Europabericht, der regelmäßig an die Europäische Union zur Information geschickt worden sei. Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern unterhielten eine gemeinsame Repräsentanz in St.-Petersburg. Dieses geschehe im Verbund mit den Außenhandelskammern. Hier säßen Wirtschaft und Politik zusammen. Firmen, die Interesse an Investitionen dort hätten, würden entsprechend begleitet. Auf der St.-Petersburger Seite gehe es um Hafenkooperation, Kreuzfahrttourismus, Stückgutverkehre. Die dortigen Wünsche und Anforderungen müssten herübergespiegelt werden. Man sei auch in Danzig vertreten. Hamburg und Schleswig-Holstein seien mit einem gemeinsamen Hanseoffice in Kaliningrad vertreten. Es gebe darüber hinaus auch Dependancen in Tallin und Vilnius. Es sei zu verzeichnen, dass bei diesen beiden Regionen die Nachfrage seitens der Wirtschaft ein Stück weit nachlasse. Hier müsste geprüft werden, woran dieses liege. Es sei die Frage, ob man aktiver werden müsse oder ob schlichtweg andere Prioritäten gesetzt werden müssten. Polen sei zugegebenermaßen aufgrund des Wachstums wesentlich interessanter als einer der baltischen Staaten. Der Landtag hab die Landesregierung im Rahmen der Haushaltsberatungen dazu aufgefordert, diesbezüglich zu evaluieren. Diese Evaluation werde Ende dieses Jahres vorgelegt. Dann müsse für die nächsten Haushaltsberatungen die Entscheidung getroffen werden, ob die Vertretungen aufrechterhalten würden oder nicht. Es gebe dort jeweils nur halbe Stellen. Das bedeute, dass es für relativ wenig Geld dort eine Anlaufstelle für Schleswig-Holsteiner gebe und man habe einen engen Draht in das jeweilige Land hinein. Aus seiner Sicht müsse hier sehr genau geprüft werden, wie man hier weiter vorgehe.

Er wolle noch kurz die Schwerpunkte der STRING-Kooperation nennen: Infrastruktur und Transport, Bildung eines gemeinsamen Arbeitsmarktes, Umwelt und Klimaschutz, Wissenschaft und Forschung, Marketingaktivitäten für Tourismus in der Region, Kultur und Bildung.

Darüber hinaus gebe es neben den mit der EU zusammenhängenden Bereichen noch das Unternehmerkuratorium Nord, die Konferenz Norddeutschland, Arbeitsgruppe der Chefs der Staats- und Senatskanzleien der norddeutschen Länder (CdS-AG Nord) und die Zusammenarbeit im Bundesrat mit den norddeutschen Ländern. Im Bundesrat finde eine sehr starke Fraktionskoordinierung statt. Die A-Länder und die B-Länder würden ihre Positionen sehr stark mit einbringen. Mittlerweile täten das auch die F-Länder. Baden-Württemberg werde aus den Ländern die Meinungen mit abfragen. Auch dort könnte man über die Funktionsweise sprechen.

Herr Maurus richtet den Appell an die Enquetekommission, dass die Punkte offen angesprochen werden müssten und dass bei der Verbesserung von Kooperation politische Unterstützung notwendig sei. Er wünsche sich in europäischen Fragen gemäß seinem Eingangsapell einen aktiven schleswig-holsteinischen Landtag. Zum Schluss merkt er an, dass es bei der Schaffung von Organisationsformen nicht ohne Geld gehe. Die politische Unterstützung gehe insoweit auch bei den Rahmenbedingungen weiter. Wenn das Thema stärker ins Bewusstsein komme, werde die Unterstützung zur Schaffung von Organisationsformen auch mit mehr Nachdruck vorangetrieben.

Auf eine Frage der Abg. Nicolaisen zum „Strukturkonzept Norddeutschland“, auf das in der schriftlichen Stellungnahme hingewiesen worden sei, antwortet Herr Staatssekretär Maurus dass man im Laufe der letzten Legislaturperiode in dem Bestreben auf Hamburg zugegangen sei, eine gemeinsame Wirtschafts- und Verwaltungsregion zu bekommen. Es seien hier verschiedene Studien in Auftrag gegeben worden, wo man sich die Strukturen angesehen habe. Ein Teil des Strukturkonzeptes Norddeutschland bestehe aus einer Studie, die das Land Schleswig-Holstein in Auftrag gegeben habe. Diese habe die Potentiale der norddeutschen Zusammenarbeit geprüft. Dieses seien Potentiale zum einen im Bereich der Verkehrsinfrastruktur. Die jetzige „Ahrensburger Liste“ resultiere daraus. Bei der Ahrensbruger Liste hätten sich die norddeutschen Länder analog zu den süddeutschen zusammengesetzt und die dringend benötigten Verkehrsvorhaben priorisiert und diese wollten sie gegenüber dem Bund durchsetzen. Anlässlich der letzten Bundesratssitzung habe ein Gespräch der norddeutschen Bundesländer bezüglich der Ahrensburger Liste mit Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer stattgefunden. Diese hätten hier noch einmal bekräftigt, welche Verkehrsvorhaben für sie zwingend seien, um in der Infrastruktur insgesamt weiter zu kommen. Der Bundesverkehrsminister habe auf Finanzierungsprobleme hingewiesen. Es würden in diesem Kreis Themen

gemeinsam wahrgenommen und Strukturpotentiale evaluiert und Lösungsmöglichkeiten beschlossen. Diese Lösungsmöglichkeiten würden gegenüber Berlin oder Brüssel gemeinsam vertreten.

Die Abg. Strehlau merkt an, dass es einen Widerspruch zu den Stellungnahmen der Industrie- und Handelskammer gebe, wonach Norddeutschland in Brüssel wenig gehört werde. Sie stellt die Frage, ob es notwendig sei, als größere Einheit in Brüssel vertreten zu sein, um überhaupt gehört zu werden. Sie stellt weiter die Frage, ob sich innerhalb der gemeinsamen Einrichtung Hanseoffice Hamburg und Schleswig-Holstein jeweils selbst positionierten und ob es nicht sinnvoller sei, hier inhaltlich zu kooperieren und „Pakete zu schnüren“, um Kompromisse zu finden, welche die unterschiedlichen Interessen der einzelnen Länder mit abbildeten.

Herr Staatssekretär Maurus antwortet darauf, dass das Networking in Brüssel aus seiner Sicht noch verbesserungswürdig sei. Grundsätzlich gebe es aber Netzwerke, die auch genutzt würden in der Vertretung. Beispielsweise würde man bei einer Angelegenheit zum Bereich der Meerespolitik an die Person in der Generaldirektion herantreten, die auch das Papier schreibe. Dieses müsse man wissen. Man könne bezüglich des Themas mit dem Verband Deutscher Reeder reden, dieser helfe jedoch nicht unbedingt weiter, weil dieser eigene Interessen bezüglich des Themas habe. Wenn es hier beispielsweise um die Schwefelverunreinigung in der Ostsee gehe. So gebe es auch bei diesem Thema Kontakt zu den jeweiligen Bundestagsabgeordneten, welche dieses Thema in nationales Recht umsetzen und begleiten müssten. Beim Unternehmerkuratorium Nord in Boltenhagen sei das Thema noch einmal aufgegriffen worden. Man sei aber bei diesem Thema zwei Jahre zu spät dran.

Networking sei sehr wichtig. Jedoch würden bei acht Mitarbeitern schnell Kapazitätsgrenzen erreicht. Das Networking laufe auch nicht nur über Brüssel, sondern auch über Interessengruppen. Bei Fragen der Fischerei oder sozialen Fragen beispielsweise gebe es in den jeweils zuständigen Fachministerium Mitarbeiter für die Umsetzung. Der Fonds EFRE könne nicht in der Staatskanzlei verwaltet werden, sondern es sei sinnvoll, wenn dieses das Wirtschaftsministerium selbst mache. Genau so wäre es wenig sinnvoll, den ESF in der Staatskanzlei zu verorten. Sinnvoll sei, dass dieses die mit Arbeitsmarktförderung befassten Arbeits- und Wirtschaftsministerien täten. Auch sei beispielsweise der Fonds ELER im Landwirtschaftsministerium richtig angesiedelt. So schlosse sich gewissermaßen ein Kreis. Hinweise kämen auch von den Spitzenverbänden der Wirtschaft und deren Arbeitsebene. Es gebe also verschiedene Kreise beim Networking.

Auf eine weitere Frage der Abg. Strehlau antwortet Herr Staatssekretär Maurus, dass im Hanse-Office zunächst immer versucht werde, dass Hamburg und Schleswig-Holstein eine ge-

meinsame norddeutsche Linie finden. Es würde auch ausgelotet, ob hier „Pakete“ geschnürt werden könnten. Wenn dieses nicht funktioniere, positioniere sich jedes Land einzeln beziehungsweise es werde versucht, für die eigene Position Mehrheiten zu finden. Bei der Frage der CCS-Einlagerung habe es mit Niedersachsen nicht von Anfang an eine Linie gegeben. Im Grundsatz sei man sich einig gewesen, aber Niedersachsen wäre einen anderen Weg gegangen und schneller bereit gewesen, einzulenken. Erst dadurch, dass Schleswig-Holstein noch einmal ins Gespräch gegangen sei, habe es die derzeitige Position gegeben. Momentan gebe es beispielsweise eine Planung für eine gemeinsame Offshore-Initiative. Es gebe eine Verständigung mit Staatsrat Schmidt in Hamburg. Dieses habe ergeben, dass es in vielen Punkten gemeinsame Interessen gebe. Hamburg sei ohne Schleswig-Holstein nicht entwicklungsfähig, Schleswig-Holstein nutze ohne Hamburg nicht alle Potenziale. Die enge Nachbarschaft führe dazu, dass man hier etwas tun müsse. Wo die Sacharbeit es zulasse, müsse eine gemeinsame Positionierung erfolgen.

Auf eine Frage des Abg. Dr. von Abercron zur praktischen Arbeit des Hanse-Office und der möglichen Ausdehnung auf andere Bundesländer antwortet Herr Staatssekretär Maurus, dass Kontakt zu möglichst allen deutschen Abgeordneten und den jeweiligen Fachpolitikern des Europaparlaments gehalten werde. Neben den Kollegen des Hanseoffices würden diese Kontakte auch direkt aus Schleswig-Holstein zu den Abgeordneten gehalten. Agrarfragen würden eben auch mit den „Meinungsmachern“ im Europäischen Parlament diskutiert. Es gebe regelmäßige Treffen mit den jeweiligen Europaabgeordneten. Es gebe auch ein Update mit dem Auswärtigen Amt und dem Bundeskanzleramt und in Einzelfragen mit dem jeweiligen Bundesministerium. Informationen bekämen auch die Länder über ihre Länderbeobachter. Es gebe mündliche und schriftliche Berichte, Erörterungsmöglichkeiten und Nachfragemöglichkeiten. Dies sei insgesamt ein gut organisierter Austausch. Im Hanse-Office seien bestimmten Referenten bestimmte Sachgebiete zugewiesen. Es gebe die Ressorts Innen und Recht, Sicherheit, Medien, Agrar und Umwelt. Es würde wie bei den Spiegelreferenten in der Staatskanzlei gearbeitet. Wenn es besondere Interessen gebe, könne eventuell zusätzlich zu den Mitarbeitern im Hanseoffice jemand abgeordnet werden, um ein Themenfeld mit aufzunehmen. Zurzeit gebe es mit dem Schleswig-Holsteinischen Landkreistag eine Kooperation. Ein Mitarbeiter kümmere sich speziell um das Thema Kohäsionspolitik. Diese Stelle werde zur Hälfte vom Schleswig-Holsteinischen Landkreistag bezahlt. Es habe bereits Überlegungen gegeben, dass ein Mitarbeiter des Schleswig-Holsteinischen Landtages in Brüssel mit tätig sei. Er sei hier offen für eine solche Diskussion. Mit acht Leuten sei das Hanseoffice relativ schmal aufgestellt. Schleswig-Holstein organisiere und koordiniere die Aktivitäten rund um den Bundesrat im Wesentlichen über die Mitarbeiter in der Landesvertretung. Es gebe zwar über die Koordinierungsreferenten Ansprechpartner, wenn es darum gehe, die Fachleute aus den Ressorts abzufragen. Die Koordination liege bei der Landesvertretung in Berlin. In Brüs-

sel gebe es gewissermaßen nur den „Horchposten“. Diejenigen, die umsetzen müssten, säßen entweder in der Staatskanzlei in der Europaabteilung oder in den zuständigen Ressorts, welche die Information dann bekämen. Es gebe andere Bundesländer, welche zu Hause im jeweiligen Ressort selbst die Europaabteilung nicht so wie Schleswig-Holstein aufgebaut hätten. Diese würden darauf setzen, so viele Leute wie möglich in Brüssel zu haben. Beim Vergleich der Ländervertretungen anderer Bundesländer sei daher zu berücksichtigen, dass es Staatskanzleien gebe, die die Personalstärke derartig anders aufstellen würden. Insoweit könne die reine Betrachtung der Personalstärke zum Teil täuschen. Es gebe Länder, die es sich leisten könnten, in Brüssel einen großen Apparat vorzuhalten und einen ähnlichen Apparat auch noch einmal zu Hause.

Herr Staatssekretär Maurus weist darauf hin, dass es bezüglich einer verstärkten Kooperation der Landesvertretungen einen Prüfauftrag gebe, jedoch jedes Land auch gerne vertreten sein wolle. Jedes Land wolle auch gerne zu verschiedenen Themen etwas veranstalten. In Berlin seien Niedersachsen und Schleswig-Holstein bei Veranstaltungen jeweils abwechselnd an der Reihe, was gut funktioniere. Allerdings werde so eine Verfahrensweise schwieriger je mehr Länder es würden. Eine derartige Umstrukturierung von Ländervertretungen sei auch deswegen schwierig, da es dann notwendig wäre, neu zu bauen. Dieses könne man allerdings nicht im Regierungsviertel in Brüssel. In der schriftlichen Stellungnahme an die Enquetekommission sei auf diesen Prüfauftrag aufmerksam gemacht worden. Diejenigen, die im Regierungsviertel blieben, seien jeweils 15 Minuten von der Europäischen Kommission und dem Europäischen Parlament und der Ständigen Vertretung entfernt. Wenn man dort bleibe, habe man eher eine Chance, jemanden aus diesen Institutionen zu bekommen, da dieser unter Umständen drei bis vier Veranstaltungen an einem Tag bestreiten müsse. Je weiter man sich außerhalb des Brüsseler Zentrums ansiedele, desto geringer sei die Chance mit den relevanten Personen in Kontakt zu bleiben. Dieses seien aber aus seiner Sicht trotzdem nur Nebenargumente. Weiter sei auch der Wunsch zu respektieren, dass andere Länder sich selbst repräsentieren wollten. Das Hanseoffice hätte in der Immobilie in Brüssel zumindest noch räumliche Erweiterungsmöglichkeiten gehabt.

Auf die Frage des Abg. Dr. von Abercron nach der Präsenz in den baltischen Ländern weist Staatssekretär Maurus darauf hin, dass es zunächst natürlich darum ging, demokratische Strukturen in den ehemaligen Ostblockstaaten zu stärken und sich frühzeitig zu engagieren, um wirtschaftliche Chancen zu nutzen. Wichtig für die Wirtschaft sei immer, dass man verlässlich investieren könne. Das sei heute zum Teil noch nicht in allen dortigen Ländern der Fall. Auch deswegen habe das deutsche Interesse ein wenig nachgelassen. Ihm sei aber bei der letzten Abfrage aufgefallen, dass nach wie vor mittelständische Unternehmen den Kontakt dorthin suchten und in Zusammenarbeit mit den Außenhandelskammern dort tätig seien, so

dass es auch vorzeigbare Ergebnisse gebe. Auch hier spiele im Zusammenhang mit den INTERREG-Ostsee-Programmen das Networking eine Rolle, um Partner zu bekommen. Die Präsenz in diesen Staaten sei auch daher weiterhin notwendig. Die 20.000 € für die Stellen, die Schleswig-Holstein tragen müsse, kämen nach seiner Einschätzung über die INTERREG-Förderung wieder rein.

Auf eine Frage des Abg. Habersaat zur Schlagkraft der Ahrensburger Liste antwortet Staatssekretär Maurus, dass er mit Priorisierung gemeint habe, dass die Priorität entstehe, wenn ein Projekt überhaupt erst in die Ahrensburger Liste aufgenommen werde. Es gebe eine ganze Reihe von Verkehrsprojekten, welche nicht in dieser Liste erschienen seien. Innerhalb der Ahrensburger Liste gebe es keine Priorisierung. Bei der Ausfinanzierung sei momentan das Problem, dass im Bundeshaushalt derzeit 4,8 Milliarden Euro für Verkehr und Verkehrsinfrastruktur vorhanden seien. Aufgrund des strengen Winters gebe es derzeit aber einen Investitionsbedarf in Sanierung und Instandsetzung von 3,3 Milliarden Euro. Der Rest seien reine Investitionsmittel. Man müsse schauen, wie man zusätzlich Mittel bekomme, um Verkehrsinfrastruktur zu finanzieren. Das Problem treffe Norddeutschland genau so wie Süddeutschland. Wichtig sei, dass Norddeutschland hier gemeinsam auftrete. Es gebe nicht nur den Verdacht, sondern auch die Erkenntnis, dass Baden-Württemberg, Sachsen, Hessen und Bayern gerade bei Verkehrsprojekten gemeinsam beim Bundesverkehrsminister aufgetreten seien. Insoweit gingen die norddeutschen Länder auch regelmäßig in Gespräche mit dem Bundesverkehrsminister. Beim letzten Treffen hätten die Neustrukturierung der Wasser- und Schifffahrtsverwaltungen und die damit zusammenhängenden Fragen der Finanzierung und Instandhaltung von Seewegen eine Rolle gespielt. Hier konnten nochmals alle Positionen deutlich gemacht werden. Beispielsweise seien keine Passagierzahlen betrachtet worden, sondern nur Tonnage, was zu falschen Schlüssen geführt habe.

Auf eine Frage des Herrn Jorkisch zum Personalbestand und zur Positionierung des Hanse-Office antwortet Staatssekretär Maurus, dass vorrangig die Informationsgewinnung sei. Man stehe auch in einem Austausch mit anderen Bundesländern und liefere sich gegenseitig Vermerke und Protokolle, wenn es notwendig sei. Die Zusammenarbeit funktioniere hier. Eine Positionierung finde im Vorwege in einem Bundesratsausschuss statt. Dieser bilde sich eine Meinung und über den Bundesrat werde diese offene Stellungnahme zugeleitet. Wenn es eine Vorpositionierung gehe, versuche man über den zuständigen Leiter zu gehen oder über die Ministerebene mit der Direktion.

Auf eine weitere Zwischenfrage des Herrn Jorkisch antwortet Staatssekretär Maurus, dass eine Positionierung politisch erfolgen müsse und daher nicht auf der Arbeitsebene erfolge. Die Information gehe aufgrund des Ressortprinzips an einen zuständigen Koordinierungsrefe-

renten im jeweiligen Ministerium und die Staatskanzlei. Der Koordinierungsreferent kontaktiere seine Hausspitze und diese bestimme dann die Richtung der Positionierung. Bei bestimmten formalen Stellungnahmen sei sogar ein Kabinettsbeschluss notwendig.

Auf eine Frage der Abg. Dr. Trauernicht antwortet Staatssekretär Maurus, dass die Zusammenarbeit mit Dänemark in der letzten Legislaturperiode neu aufgegriffen und belebt worden sei. Jetzt sei in sämtlichen Feldern die Zusammenarbeit neu strukturiert worden, um nachvollziehbare und nachhaltige Projekte entwickeln zu können. Es sei daneben eine Intensivierung mit weiteren skandinavischen Ländern erfolgt. In diesem Zusammenhang wolle er das „Eastern Norway County Network“ nennen, wo es einen engen Austausch in Energiefragen gebe. In der letzten Woche habe es hier in Schleswig-Holstein dazu ein Treffen gegeben. Die Norweger hätten sich auch beim Hamburger Hafengeburtstag engagiert. Da gehe es um Kulturkooperationen. Daneben gehe es aber auch um Fragen der regenerativen Energien, Energienetze, Onshore und Offshore. Schleswig-Holstein sei hier nur Randbeteiligter, weil der Bund und die EU-Ebene hier den ersten Zugriff hätten. Anschließend sei Schleswig-Holstein aber eng eingebunden, wenn operationalisiert werde. Als einen weiteren Schwerpunkt gebe es eine Zusammenarbeit beim Tourismus. Eine weitere Zusammenarbeit gebe es im Bereich Clean Baltic Shipping, also Umweltfragen. Es gebe über das Innenministerium auch eine gemeinsame Bekämpfung von organisierter Kriminalität im Ostseeraum.

Auf eine Frage der Abg. Strehlau zur Bewertung der Vertretung schleswig-holsteinischer Interessen in Brüssel antwortet Staatssekretär Maurus, dass man aus den Fragen bezüglich der Einflussnahme auf EU-Ebene nicht den verkehrten Schluss ziehen dürfe. Die Einschätzung in der schriftlichen Stellungnahme an die Enquetekommission (KV 17/104, Seite 2) ergebe sich auch aus den bereits angesprochen Problemen eines geeigneten Gebäudes. Er gebe zu, dass eine Verbesserung weiterhin möglich bleibe. Wenn man sich neu und anders aufstelle, gebe es durchaus Chancen aktiv zu werden. Zur Zeit werde priorisiert und Randthemen würden weggelassen.

Auf eine weitere Frage der Abg. Strehlau zur Priorisierung bei der Ahrensburger Liste antwortet er, dass sie selbst ja gesagt habe, dass politischer Dialog wichtig sei und im Wege des Kompromisses Pakete geschnürt werden müssten. Die Maßnahmen in der Ahrensburger Liste seien nach seinem Kenntnisstand alle im Bundesverkehrswegeplan vorhanden. Damit seien diese auch schon prioritär eingestuft, auch wenn es unterschiedliche Zeiträume gebe. Er halte es für sinnvoller, den Weg der abgestimmten Maßnahmen zu gehen, anstatt einen Kampf um Priorisierungen anzustrengen. Dieses wäre kontraproduktiv und würde die Einheit der norddeutschen Länder gefährden. Die Ahrensburger Liste sei aus seiner Sicht ein Erfolg. Es sei ein Novum, dass alle norddeutschen Länderchefs die Maßnahmen gemeinsam vertreten würden.

Ein Beispiel hierfür sei die westliche Elbquerung, für die sich der Bremer Regierungschef genau so einsetze wie der niedersächsische. Man sei hier grundsätzlich sehr weit. Bei der Elbvertiefung gebe es im Detail Diskussionen um Fragen des Hochwasserschutzes und Küstenschutzes.

Auf eine Frage des Herrn Jorkisch zur Arbeitseffizienz des Hanse-Office antwortet Frau Dr. Papaschinopoulou, dass die Verbindung der IHK und des Hanse-Office traditionell gut sei. Der Vorreiter der IHK Nord in Brüssel sei die Handelskammer Hamburg gewesen. Die Verzahnung sei bereits vor zehn Jahren, als sie nach Brüssel gekommen sei, sehr eng gewesen. Zum Beispiel sei Herr Peterscheck, der ehemalige Leiter des Hanse-Office zwei Jahre bei der IHK gewesen und weiterhin von der Senatskanzlei in Hamburg bezahlt worden. Dieses habe die Zusammenarbeit sehr stark gespeist. Im Hanseoffice habe es immer einen „Verbündeten“ für die Wirtschaft gegeben. Es habe in der letzten Zeit eine Phase mit Ungewissheit gegeben. Es sei unklar gewesen, was die Funktion des Hanseoffices angehe, ob es manövrierbar sei und in welche Richtung es gehe. Jetzt sei das Hanse-Office in tieferen aber in ruhigeren Gewässern. Die Themen bezüglich Häfen seien solche, wo es eine enge Zusammenarbeit gebe. Die Erwartung der IHK Nord sei aber auch, dass es Verbesserungen gebe. Es sei gut, dass Spezialisten aus unterschiedlichen Ministerien in Hamburg und Schleswig-Holstein nach Brüssel kämen. Diese kämen aber im Rahmen der Rotation für eine geringe Zeit. Es sei aus ihrer Sicht ein langer Weg, bis man Netzwerke in Brüssel habe, Vertrauen habe, sie nutzen könne und an die Informationen kommen könnte. Hierfür sei bereits ein Jahr notwendig. Eine Leiterrunde der Landesvertretungen finde aus ihrer Sicht nicht oft genug statt. Eine weitere wichtige Verbesserungsmöglichkeit sei eine Art monatliches Jour fixe auf Referentenebene zu verschiedenen Politikfeldern wie beispielsweise in den Bereichen Häfen, Verkehr, Infrastruktur, Meerespolitik und maritime Themen. Dieses könne helfen, die Abstimmung und Zusammenarbeit zu verbessern. Auch könne die Zusammenarbeit unter den Landesvertretungen noch verbessert werden. Wichtig sei eine schnellere Informationsbeschaffung, so dass man schneller mehr weiß. Dadurch könne man schneller analysieren, wo es eine Interessenlage gebe, die eine gemeinsame Positionierung erlaube. Die Nordeuropäer und insbesondere die Deutschen hätten insgesamt Vorurteile gegen Netzwerke und seien weitaus mehr institutionenläufig. So setze auch Norddeutschland auf die Macht der Strukturen und Institutionen. Dieses führe dazu, dass man tendenziell weniger kommuniziere. Richtig sei aber aus ihrer Sicht auch formloses Networking. Die südeuropäischen Länder setzten viel stärker auf Netzwerke. Je mehr man in gemeinsamen Strukturen mache, desto mehr könne man bewirken. Das Ergebnis werde dadurch qualitativ und quantitativ nach ihrer Erfahrung besser. Netzwerke könnten durchaus auch virtuell und müssten nicht physisch sein. Sie schlage vor, mit zwei bis drei priorisierten Themen zu beginnen. Auf Fachebene sei hier die Zusammenarbeit wichtig und müsse vorangetrieben werden. Wichtig sei auch, dass es nicht nur Interessensvertretungs-

veranstaltungen auf Deutsch für ein deutsches Publikum gebe. Man müsse sich öffnen und hier gebe es Möglichkeiten der Verbesserung Wichtig sei auch andere EU-Länder mit einzubinden und auf seine Seite zu ziehen.

Herr Staatssekretär Maurus ergänzt hierauf, dass es jedenfalls auch wichtig sei, dass Positionen zu einer Frage schriftlich fixiert würden, weil dann über diese auch diskutiert würde.

Abschließend merkt Frau Dr. Papschinopoulou an, dass man an Strukturen über Themen denken müsse. Die Themen seien ein wichtiger Aufhänger. Zusammenarbeit müsse auch zu Hause anfangen, damit in Brüssel etwas laufen könne.

Es folgt Punkt 2 der Tagesordnung:

Diskussion der vorläufigen Ergebnisse

Dieser Tagesordnungspunkt wird ausgelassen.

Es folgt Punkt 3 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Der Vorsitzende merkt an, dass die Sitzung am 16.05.2011 bereits um 13 Uhr beginnen solle. Nach kurzer Diskussion wird dieses einstimmig beschlossen.

Der Vorsitzende weist auf den Terminplan für das zweite Halbjahr hin, der als Tischvorlage vorliegt. Er bittet weitere Anzuhörende für kommende Sitzungen der Geschäftsführung frühzeitig zu nennen.

Der Vorsitzende, Abg. Matthießen, schließt die Sitzung um 15:50 Uhr.

gez. Markus Matthießen
Vorsitzender

gez. Thomas Warnecke
Geschäfts- und Protokollführer